



Brian Anderson Der Skateprofi hat sich geoutet - als erster überhaupt. *Von Beat Metzler*

Er fürchtete um seine Karriere

Skateboarder sehen sich als Bewegungskreative, als Künstler auf Urethanrollen. Nachdem ihre Tätigkeit kürzlich für olympisch erklärt worden war, tobte die Szene vor Wut: Skaten sei kein Sport, lautete der Haupteinspruch.

Bei aller Andersartigkeit; in einem Punkt ähneln Skater Sportlern aus anderen männerdominierten Disziplinen: Schwulsein geht gar nicht. Homophobe Sprüche gehörten lange dazu, es gibt sogar einen Trick namens «Gay Twist».

Nun hat Brian Anderson das Tabu gebrochen. In einer fast halbstündigen Videodokumentation bekennt sich der 40-jährige Skateprofi als homosexuell. Anderson ist ein legendärer Streetskater, der mit dem «Thrasher Skater of the Year»-Award 1999 die begehrteste Auszeichnung holte und stets für angesehene Sponsoren fuhr. Durch sein Coming-out holt er das Schwulsein mitten in die Skateboard-Welt.

Diese reagiert gelassen: Brian sei ein toller Skater, ein toller Mensch. Dass er auf Männer stehe, ändere daran gar nichts. Teilweise erhält er euphorischen Zuspruch: Weil Brian quasi zur DNA der Skatekultur gehört, müssten nun selbst die homophobsten Skater ihren Irrtum einsehen.

Mit solcher Zustimmung hat Anderson nicht gerechnet - zumindest nicht Mitte der 90er-Jahre, als er seine Stelle als Koch aufgab und von Connecticut nach Kalifornien zog, um den Traum aller Skater zu leben. Ein Coming-out hätte seine Karriere ruiniert, befürchtete er. Er habe immer gewusst, sagt Anderson, dass er zuerst Skater sei und erst an zweiter Stelle schwul. Liebschaften lebte er heimlich aus. Einmal wird er in einer Schwulenbar von einem anderen Skater erkannt und angesprochen. Anderson befiehlt diesem, niemanden von der Begegnung zu erzählen. Um den Widerspruch auszuhalten, habe er zu viel Alkohol getrunken. Und sich auf dem Skateboard nicht geschont - was ihm Respekt einbrachte.

Lange ahnten selbst enge Freunde nichts von Andersons Homosexualität. Er ist gross, kräftig, fährt aggressiv, entspricht so gar nicht dem Klischee des femininen Schwulen. In den letzten Jahren begann Anderson, Kollegen die Wahrheit zu erzählen. Das positive Echo ermutigte ihn zum öffentlichen Coming-out. Er wolle endlich mit seinem Freund händchenhaltend durch die Strassen spazieren können.

Trotz aller Begeisterung für Andersons Offenheit hat es ihm bisher kein anderer Skater gleichgetan. Die Szene habe sich geöffnet, sagen Beobachter. Aber jüngere Profis riskierten mit einem Coming-out immer noch, für immer als «der schwule Skater» abgestempelt zu werden.

Anderson selber fühlte sich nie von Skatern angezogen, sagt er im Video. Sie seien nicht sein Typ. Er stehe auf bärtige, bodenständige Männer. Das brachte ihm immerhin einen Vorteil: Skater werden oft von Polizisten vertrieben. Während sich seine Kollegen über die Uniformierten nerven, sagt Anderson, geniesse er deren Anblick.

Machtpolitik Russland zeigt, dass es zivile Opfer in Kauf nimmt, um seine Machtansprüche durchzusetzen. Das zeigt sich sowohl in der Ukraine als auch in Syrien. *Von Hans Brandt*

Die Wahrheit kann Russland egal sein

Diese Propagandaschlacht hat Russland verloren. Es besteht kein Zweifel mehr: MH 17 wurde von einer BUK-Rakete abgeschossen, die kurz zuvor aus Russland in das Rebellengebiet in der Ukraine gebracht worden war und sofort danach wieder auf russisches Gebiet abgezogen wurde. Tatsächlich hatten die Aufständischen direkt nach dem Abschuss über den «Erfolg» gejubelt - in der Annahme, dass sie eine ukrainische Transportmaschine getroffen hatten. Als klar wurde, dass 298 Menschen auf einem zivilen Linienflug umgebracht worden waren, wurden die Jubelmeldungen aus den sozialen Medien entfernt.

In den letzten Tagen lancierte Moskau erneut «exklusive Informationen», die schon im Voraus die Veröffentlichung der niederländischen Strafuntersuchung zum Abschuss des Fluges MH 17 infrage stellen sollten. So wollte die russische Firma, die Flugabwehrraketen des Typs BUK herstellt, belegen, dass die Boeing 777 der Malaysia Airlines im Juli 2014 nicht von einer modernen Rakete abgeschossen wurde, sondern von einer älteren BUK-Version, über die auch die Armee der Ukraine verfügt.

Täglich wird geschossen

Keine Einsicht also von russischer Seite. Putin weigert sich, seine Politik im Osten der Ukraine zu ändern. Das Friedensabkommen von Minsk, das von Frankreich und Deutschland zusammen mit der Ukraine und Russland ausgehandelt wurde, hätte schon längst zu einem echten Waffenstillstand und Regionalwahlen in den abtrünnigen Gebieten führen sollen. Stattdessen wird täglich geschossen.

Für Russland ist der Konflikt ein Druckmittel nicht nur gegen die Regierung in Kiew, sondern auch gegen die Nato, die EU und den Westen insgesamt. Es schürt Spannungen innerhalb der westlichen Bündnisse und stärkt sein eigenes Gewicht im internationalen Machtgefüge. So hat die EU zwar Sanktionen gegen Russland verhängt, die durchaus schmerzhaft sind (und gerade verlängert wurden). Doch innerhalb der EU gehen die Meinungen darüber stark auseinander. So hat Deutschland mehrfach vorgeschlagen,



Ein Wrackteil der im Juli 2014 abgeschossenen Maschine der Malaysia Airlines. Foto: Dimitri Lovetsky (Keystone)

Sanktionen schrittweise zu lockern, parallel zu Fortschritten bei der Umsetzung des Minsk-Abkommens. Die Deutschen wollen so Gesprächskanäle mit Russland offen halten.

Polen und die baltischen Staaten sind ganz anderer Meinung. Ihre harte Haltung gegenüber dem mächtigen Nachbarn im Osten, der ihre Gebiete Jahrzehnte kontrollierte, ist auch in der Nato zu spüren. Das Militärbündnis sah sich zuletzt gezwungen, auf Druck dieser Länder zusätzliche Truppen im Osten Europas zu stationieren - was von Russland als zusätzliche Provokation betrachtet wird.

So ist der Konflikt im Osten der Ukraine längst zu einem Element des internationalen Kräftemessens zwischen Russland, den USA und Europa geworden. Der Abschuss von Flug MH 17 war

zwar vermutlich ein tragisches Versehen von Rebellen, die mit einem komplizierten Luftabwehrsystem nicht umzugehen wussten. Doch Russland zeigt immer wieder, dass es zivile Opfer in diesem Ausmass durchaus in Kauf nimmt, um seine Machtansprüche durchzusetzen - das belegen Angriffe auf Hilfskonvois, Märkte oder Spitäler in Syrien.

Die Ukraine und Syrien

Eine lokale Lösung in der Ostukraine ist kaum noch denkbar ohne Fortschritte bei anderen Konflikten mit russischer Beteiligung. Bisher hat der Westen jedoch noch keine Antwort auf das skrupellose Vorgehen der Russen gefunden. Insofern kann den Machthabern in Moskau die Wahrheit über den Abschuss von MH 17 egal sein.

Zuwanderung Paradoxerweise wird ein Inländervorrang dazu führen, dass die Schweiz für Zuwanderer attraktiver wird. Wir brauchen eine andere Lösung. *Von Reiner Eichenberger*

Bitte umdenken!

Die Schweizer Zuwanderungspolitik wird immer abstruser. Der Nationalrat ignoriert mit «Inländervorrang light» die vom Volk angenommene Masseneinwanderungsinitiative und damit die Verfassung umfassend. Der Bundesrat und einige Wirtschaftsverbände wollen die Zuwanderung senken, indem das inländische Arbeitskräftepotenzial besser genutzt wird, und bei stark negativen Effekten auf dem Arbeitsmarkt sollen Schutzklauseln greifen. Dabei ist beides wirkungslos.

Alle ökonomischen Einsichten sprechen dafür, dass die Zuwanderung im flexiblen Schweizer Arbeitsmarkt keine grossen Probleme schafft. Zuwanderung alleine drückt zwar auf die Löhne, aber dadurch sinken auch die Lohnkosten. Das macht die Schweiz attraktiver für Investitionen in Arbeitsplätze. Mit der Zuwanderung kommen deshalb «automatisch» auch die Arbeitsplätze. Die Löhne - aber auch der Arbeitskräftemangel - bleiben längerfristig von der Zuwanderung unberührt. Schutzklauseln, die erst bei grossen Problemen auf dem Arbeitsmarkt zur Anwendung kommen, werden deshalb kaum je greifen.

Problem Inländervorrang

Hingegen bringt eine stärkere Nutzung des inländischen Arbeitskräftepotenzials - indem mehr Frauen und Alte arbeiten als bisher - anfänglich wirtschaftliche Vorteile. Dadurch aber wird die Schweiz nur noch wettbewerbsfähiger und als Standort attraktiver, wodurch noch mehr Zuwanderer angezogen werden. Mit anderen Worten: Ein wirkungsvoller Inländervorrang bewirkt letztlich, dass die Zuwanderung zunimmt.

Zugleich werden die wahren Probleme von Personenfreizügigkeit und hoher Zuwanderung von Parlament und Bundesrat weiter ignoriert: Mit dem hohen Bevölkerungswachstum werden verschiedene begrenzte Ressourcen knapper, insbesondere Boden, Infrastruktur und

Umweltgüter. So steigen die Landpreise und Mieten, die Verkehrs- und Energiekosten sowie auch die Steuern. Ein Beispiel sind CO₂-Emissionen. Die Schweiz hat sich in internationalen Abkommen dazu verpflichtet, die CO₂-Emissionen im gleichen Umfang wie die EU zu senken. Da unser Land aber infolge Zuwanderung ein weit grösseres Bevölkerungswachstum als die EU hat, müssen wir die Emissionen pro Einwohner bedeutend stärker senken. Beim aktuellen Unterschied im Bevölkerungswachstum von etwa 0,6 Prozent pro Jahr macht das über die üblichen Planungshorizonte von 20 bis 30 Jahren schnell eine 15 bis 20 Prozent stärkere Reduktion aus. Das bringt riesige Kosten mit sich.

Ein weiterer Punkt: Die Zuwanderung bringt den Besitzern der knapper werdenden Ressourcen zwar grosse Gewinne, den anderen aber grosse Verluste. Eigentlich könnten mittels kluger Politik die Verlierer von den Gewinnern entschädigt werden. Doch genau das verbietet die Personenfreizügigkeit. Gezielte Entschädigungen etwa der einheimischen Mieter durch

Abschöpfung und Umverteilung von Bodenwertgewinnen gälten gemäss dem Abkommen zur Personenfreizügigkeit als diskriminierend. Wenn aber auch die Zuwanderer entschädigt würden, würde das die Schweiz noch attraktiver für Zuwanderung machen. Die Mieten würden noch mehr steigen.

Zuwanderungsabgabe als Lösung

Was also tun? Die Schweiz muss das zuwanderungsbedingte Bevölkerungswachstum wirtschaftsfreundlich auf ein nachhaltiges Niveau senken. Dazu soll sie eine Zuwanderungsabgabe in der Höhe von täglich 12 bis 15 Franken erheben. Diese müssten alle Neuzuwanderer (ausser Flüchtlinge) während drei bis fünf Jahren unabhängig von ihrem Einkommen bezahlen.

Der Bundesrat hat Zuwanderungsabgaben nie ernsthaft geprüft. Ein Grund dafür ist wohl, dass viele Wirtschaftsvertreter fürchten, solche Gebühren würden die Arbeitskosten erhöhen. Die Angst ist unbegründet. Die Zuwanderung führt ja nicht zu allgemeinem Abwärts-Lohn-Druck. Entsprechend kann eine Reduktion der Zuwanderung auch nicht zu Aufwärts-Lohn-Druck führen. Vielmehr tragen alleine die Neuzuwanderer die Abgabenlast, und die bisherigen Einwohner profitieren von den Einnahmen.

Ein anderes Argument ist, dass Zuwanderungsabgaben nicht EU-kompatibel sind. Das stimmt auf den ersten Blick. Viel wichtiger aber ist, dass sie EU-kompatibler als Kontingente und Quoten sind. Die EU würde die Vorteile des Modells erst recht verstehen, wenn ihr ein Teil der Einnahmen überwiesen würde. Es bleibt zu hoffen, dass das Parlament und der Bundesrat endlich die richtigen Schlüsse ziehen. Falls sie Angst vor der EU haben, sollen sie die Abgabenlösung wenigstens auf die Zuwanderung aus Drittländern anwenden.

«Gebühren für Zuwanderer haben nur Vorteile.»



Reiner Eichenberger

Der Ökonom ist Professor für Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Freiburg i. Üe.